

# Mediation

## Rechenzentrum Schöneck-Kilianstädten

Protokoll | 4. Mediationssitzung am 13.07.2023

## Übersicht

- Ort:** Bürgertreff Kilianstädten  
Richard-Wagner-Straße 5, 61137 Schöneck
- Zeit:** 19:00 – 23:30 Uhr
- Teilnehmende:** Frau Bürgermeisterin Rück, Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen der Gemeindevertretung Schöneck Herr Seifried (Bündnis '90 / Die Grünen), Herr Geisler (FWG), Frau Wacker (CDU), Frau Pfeil (FDP), Herr Walter Rauch (SPD), Herr Becker (WAS), Vertreterinnen und Vertreter des Bündnisses lebenswertes Schöneck Frau Cipa, Frau Carpat-si, Herr Friedrich, Frau Jenisch, Herr Wacker, Vertreterinnen und Vertreter der Firma Hetzner GmbH Herr Biller und Frau Wetzel
- Experten:** Herr Günter Rauch (Leiter des Fachbereichs Stadtentwicklung der Gemeinde Schöneck), Herr Markus Hardt (Vertriebsexperte für Energieprojekte und erneuerbare Energien der EAM Natur Energie GmbH)
- Mediatoren und  
Protokoll:** Prof. Dr. Roland Fritz, Dr. Dietrich Pielsticker, Tim Pfeiffer
- Redaktionsbürger:** Frau Carpatsi, Herr W. Rauch
- Ablauf:**
- 1. Begrüßung**
  - 2. Rückblick auf 3. Mediationssitzung**
  - 3. Vortrag von Herrn Hardt**
  - 4. Stellungnahme der Fa. Hetzner zur Mail von Herrn Seifried**
  - 5. Gruppenarbeit: Wie könnte eine Abschlusslösung aussehen?**
  - 6. Wie soll es weitergehen?**
  - 7. Verabschiedung**

## 1. Begrüßung

Herr Prof. Fritz begrüßt die Anwesenden und erklärt kurz den heutigen Ablauf.

## 2. Rückblick auf 3. Mediationssitzung

Im Anschluss gibt Herr Pfeiffer einen Rückblick auf die letzte Mediationssitzung.<sup>1</sup> In deren Verlauf wurden – basierend auf den zuvor ermittelten Interessen der Beteiligten – Optionen gesammelt und von den Teilnehmenden mit roten „Prioritätspunkten“ versehen. Während die erste Visualisierung der verschiedenen Optionen auf den Flipcharts noch unübersichtlich war, präsentiert Hr. Pfeiffer nun eine strukturiertere Darstellung. Hierzu wurden die Optionen thematisch gegliedert und in „Optionsfamilien“ zusammengefasst. Hierdurch ergaben sich sieben Komplexe (Fläche, Abwärme, Konzept, Wasser, Autokontor, Verhalten und Weitere), die die Grundlage für den späteren Prozess der Lösungsfindung bilden sollen.<sup>2</sup>

## 3. Vortrag von Herrn Hardt

Anschließend wird der geladene Experte der EAM Natur Energie GmbH, Herr Markus Hardt, gebeten, den Anwesenden nähere Informationen über die Umsetzbarkeit der geplanten Abwärmenutzung zu geben. Die EAM Natur Energie GmbH fertige, so Herr Hardt, derzeit eine Vorstudie an, im Rahmen derer das Vorliegen der notwendigen Voraussetzungen für den Aufbau eines Nahwärmenetzes geprüft sowie das Potenzial einer möglichen Abwärmenutzung aus dem geplanten Rechenzentrum ermittelt werde.<sup>3</sup> Zu den Inhalten des Vortrags ergeben sich auf Seiten der Anwesenden einige Fragen.

Die erste Frage zielt auf das Potenzial für die *gesamte* Gemeinde Schöneck ab. Herr Hardt erläutert, dass in den im Rahmen der Vorstudie angefertigten Simulationen nur ein Teilbereich von Kilianstädten betrachtet wurde, im weiteren Verlauf der Vorstudie wird dann auch die gesamte Ortslage von Kilianstädten untersucht. In einer späteren Machbarkeitsstudie kann aber ganz Schöneck Berücksichtigung finden. Dies sollte im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung geschehen. Eine Wärmeversorgung aus dem RZ auch für die anderen Ortsteile ist wegen der langen Transportleitung eher unwahrscheinlich. Das Ergebnis der angesprochenen Vorstudie zum Potenzial einer möglichen Abwärmenutzung aus dem geplanten Rechenzentrum liegt nach Aussage von Herrn Hardt voraussichtlich bis Ende September 2023 vor. Herr Hardt bietet jedoch an, schon jetzt eine überschlägige Berechnungen nachzuliefern, die das Verhältnis von Wärmesenke (gesamte Ortslage) zu maximaler Abwärmeauskopplung aus dem RZ darstellt.. Im Hinblick auf die Attraktivität des Angebots räumt Herr

---

1 Siehe hierzu auch das [Protokoll zur 3. Mediationssitzung am 13.06.2023](#).

2 Die entsprechende Übersicht ist im Anhang des vorliegenden Protokolls zu finden.

3 Die Präsentationsfolien von Hr. Hardt sind dem Anhang dieses Protokolls beigelegt.

Hardt zwar ein, dass Öl und Gas aufgrund gesunkener Preise derzeit noch die größten Konkurrenten seien, allerdings sei ein Nahwärmenetz Ressourcen effizienter und hinsichtlich der notwendigen Investitionen in die Anlagentechnik für den Wärmekunden günstiger als beispielsweise eine Wärmepumpe.

Auf Nachfrage von Prof. Fritz, in welchen zeitlichen Maßstäben man bei der EAM Natur Energie GmbH im Hinblick auf das Nahwärmenetz denke, erklärt Herr Hardt, dass man einen baulichen Start (Verlegung der Nahwärmeleitungen etc.) frühestens ab Herbst 2025 für realistisch halte.  mit den Kunden würden dann grundsätzlich 10-Jahres-Verträge geschlossen. Damit angesprochen sei ein wichtiger Umstand in Bezug auf das Nahwärmenetz: die notwendige Anschlussquote zur Realisierung des Projektes. Während im Rahmen der derzeit laufenden Vorstudie nur die Voraussetzungen geprüft würden, ob ein Nahwärmenetz aufgebaut werden könne, werde im Zuge einer späteren Machbarkeitsstudie ermittelt, wie viele Personen bereit seien, ihre Immobilie an das Nahwärmenetz anzuschließen. Wegen der hohen Investitionen in die Anlagentechnik (Bau der Heizzentrale am Standort des RZ) insbesondere aber in das Wärmenetz ist eine mindest Anschlussquote wichtig. In der Regel lässt sich ab einer Anschlussquote von 60 % eine Wirtschaftlichkeit darstellen. Dies ist immer individuell zu betrachten und von weiteren Faktoren abhängig. Ohne ausreichende Akzeptanz (Anschlussquote) und Wirtschaftlichkeit ist eine Umsetzung nicht möglich. Eine Machbarkeitsstudie werde von Seiten der EAM Natur Energie GmbH aber nur dann in Auftrag gegeben, wenn feststehe, dass das Rechenzentrum gebaut werde. Schließlich biete dieses nicht nur ein großes Potenzial, sondern sei gewissermaßen auch eine notwendige Voraussetzung für die Installation eines Nahwärmenetzes. So werde es ohne den Bau des Rechenzentrums „sehr schwierig“ das angedachte Nahwärmenetz überhaupt zu realisieren, da zusätzliche Kosten für eine notwendige Erschließung der Wärmequelle notwendig würden.

Vor dem Hintergrund, dass das geplante Rechenzentrum mehrere Ausbaustufen vorsehe, erklärt Herr Hardt, dass man bei den bisherigen Simulationen nur das Potenzial der ersten Ausbaustufe betrachtet habe. Allein dieses würde nach den bisherigen Erkenntnissen der EAM Natur Energie GmbH aber schon ausreichen, um den notwendigen Bedarf an Nahwärme zu decken. Mit Blick darauf wird nachgefragt, ob das Rechenzentrum nach Vollendung der letzten Ausbaustufe nicht „überdimensioniert“ sei, sprich ob angesichts des schon jetzt ermittelten, theoretischen Potenzials nicht auch eine flächenmäßige Verkleinerung des Vorhabens in Betracht käme. Herr Hardt verweist hierzu auf die nachzuliefernden Berechnungen, aus denen hervorginge, wie viele Haushalte insgesamt mithilfe eines Nahwärmenetzes versorgt werden könnten. Im Hinblick auf die Frage, wie weit die Nahwärme maximal transportiert werden könne, gibt Herr Hardt zu bedenken, dass dies von diversen Faktoren abhängig und insofern schwer zu beantworten sei.

Angesichts noch zu klärender gesellschaftsrechtlicher Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Nahwärmenetz wird die Option benannt, dass man die Fa. Hetzner in eine etwaige Genossenschaft / Gesellschaft einbinden könne, um das Interesse des Unternehmens an einer Erreichung der Anschlussquote zu steigern und so für ein Erreichen der Mindestanzahl an Verbrauchern zu sorgen. Die Fa. Hetzner gibt hierbei zu bedenken, dass man nach dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Änderung des Energiedienstleistungsgesetzes vom 19.04.2023 ohnehin zur Abgabe von Abwärme verpflichtet werde, sofern ein Nahwärmenetz existiere. Herr Hardt fügt hinzu, dass nach seinem Wissen, die EAM Natur Energie GmbH bis dato noch keine gesellschaftsrechtliche Kooperation mit Unternehmen unterhalte, die die Abwärme bereitstellten. Derartige Gesellschaften würden bislang in Zusammenhang mit genossenschaftlichen Projekten bei Wind- oder Freiflächen PV Anlagen mit Kommunen oder Privatleuten existieren. Auch gebe es bislang generell noch keine Kooperation zwischen der EAM Natur Energie GmbH und einem Rechenzentrumsbetreiber um deren Abwärme zu nutzen.

Als weitere Option wird von Anwesenden vorgetragen, dass mit der Fa. Hetzner eine „Vertragsstrafe“ vereinbart werden könne, die dann greife, wenn die angebotene Wärme nicht abgenommen werde. Auf diese Weise könnte – so die Idee – das Nahwärmenetz auch bei einer unter 60 % liegenden Anschlussquote aufgebaut werden.

Nachdem zu allen Fragen Stellung genommen wurde, dankt Prof. Fritz dem Experten Herrn Hardt für sein Erscheinen und seine Erläuterungen und verabschiedet ihn.

#### 4. Stellungnahme der Fa. Hetzner zur Mail von Herrn Seifried

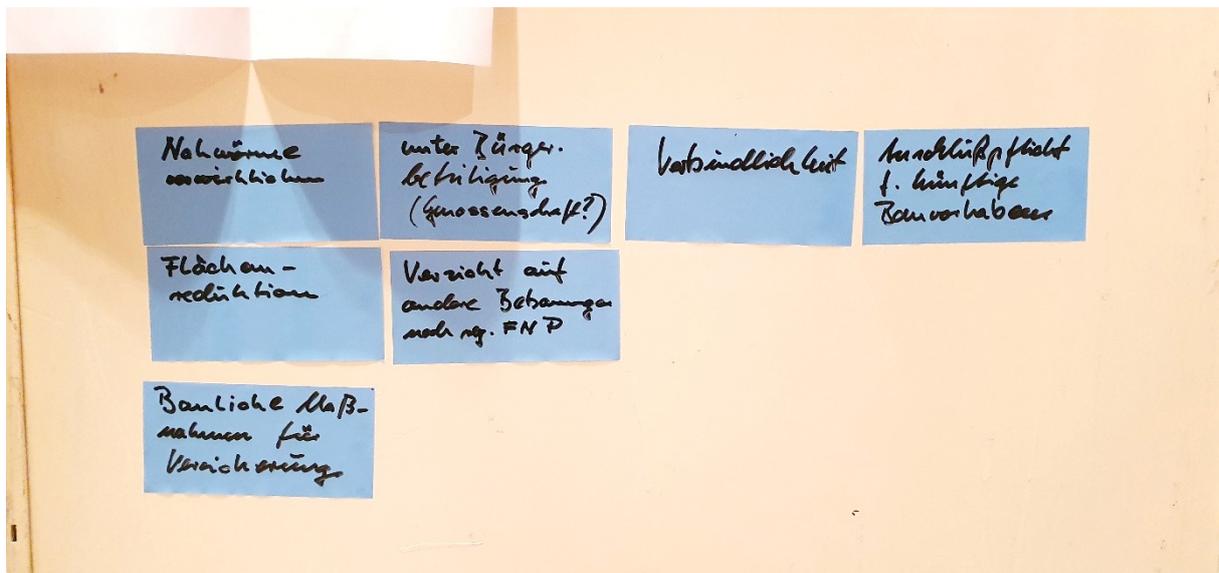
Bevor die Mediationssitzung zwecks kurzer Pause unterbrochen wird, erhält die Fa. Hetzner Gelegenheit, Stellung zu nehmen zu den Anregungen von Herrn Seifried aus einer vorangegangenen Mail. In diesem Zusammenhang wird zunächst auf eine mit dem Vorhaben verbundene Neuerung verwiesen. So handle es sich bei dem geplanten Rechenzentrum um das erste seiner Art bei der die Fa. Hetzner die Abwärme für die Nutzung in einem Nahwärmenetz verwende.

Bevor die Anwesenden in eine kurze Pause entlassen werden, wird einem Antrag des Bündnisses Lebenswertes Schöneck auf **Ergänzung des Protokolls** vom 13. Juni 2023 entsprochen. Auf Seite 4 wird der 3. Satz wie folgt geändert:

*„Auf Nachfrage des Bündnisses erklärt die Fa. Hetzner, dass in der Endstufe des Vorhabens die Funktionsfähigkeit der insgesamt 20 Notstromaggregate für jeweils 15 Minuten pro Monat durch Aktivierung der Anlagen getestet werden müsste.“*

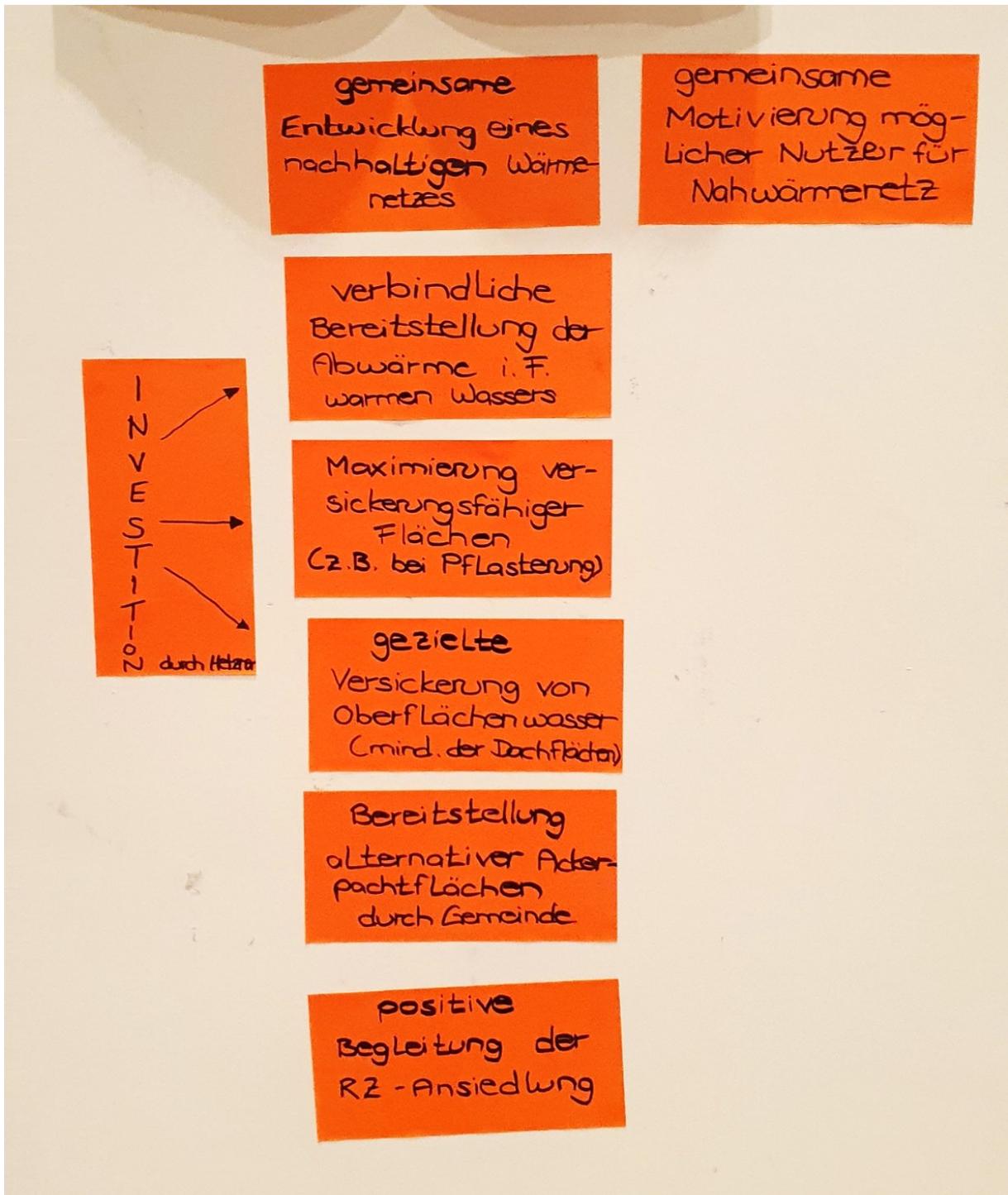


In der von Prof. Fritz betreuten Gruppe („**Bündnis**“) werden verschiedene Optionen miteinander verknüpft. Die Lösungsmöglichkeiten verstehen sich dabei als Diskussionsansätze und stellen keine Entweder-Oder-Positionen dar. Mit diesem Verständnis ist etwa die Option zu betrachten, bei einer Umsetzung des Vorhabens künftig auf weitere Versiegelungen zu verzichten. Die Vorschläge, keine Kunststoffrasenplätze anzulegen und anderweitige Entsiegelungsmöglichkeiten zu prüfen, stellen zudem Ausgleichsmöglichkeiten dar, um die mit dem Bau des Rechenzentrums verbundene Versiegelung zu kompensieren. Eine verbindliche Abwärmenutzung (von ungefähr 90 %) wird als wichtiger Teil einer tragfähigen Lösung erachtet. Als Alternative zur derzeit geplanten Bauweise wird das „Nürnberger-Modell“ eingebracht. Damit ist das von der Fa. Hetzner in Nürnberg errichtete Rechenzentrum gemeint, dessen Fläche im Vergleich zur hiesigen Planung stark reduziert ist. Neben ökologischen Gesichtspunkten sollte eine gemeinsame Lösung aber auch die Finanzsicherheit für die Kommune berücksichtigen. Als wichtigster Punkt – auf dem Weg zu einer solchen Lösung – wird jedoch die Beauftragung eines neutralen Gutachters angeregt, der das momentan geplante Vorhaben neutral und im Hinblick auf mögliche Alternativen bewerten sollte.



Die von Dr. Pielsticker moderierte Gruppe („**Politik**“) entwickelt Lösungsansätze, die genauso (oder zumindest so ähnlich) in den anderen beiden Gruppen thematisiert wurden. Dies betrifft einerseits den Aspekt der Verbindlichkeit, dass die Abwärme auch tatsächlich genutzt wird. Mit Blick auf die Priorisierung der Abwärmenutzung wird vorgeschlagen, dass das Nahwärmenetz unter Bürgerbeteiligung (beispielsweise in Form einer Genossenschaft) betrieben wird. Für künftige Bauvorhaben könnte der Anschluss an das Nahwärmenetz verpflichtet werden, wodurch auch in Zukunft die Anschlussquote sichergestellt bzw. gesteigert

werden könnte. Abseits der Abwärmenutzung bringen die Teilnehmenden der Gruppe zudem Lösungsansätze ein, die bauliche Aspekte betreffen. Einerseits könnten bauliche Maßnahmen zur Versickerung vorgenommen werden. Andererseits wäre ein Verzicht auf andere Bebauungen denkbar. Schließlich wird auch die Möglichkeit einer Flächenreduktion für das Vorhaben im Zuge der Lösungsfindung in Betracht gezogen.



In der von Herrn Pfeiffer geleiteten Gruppe („**Vorhabenträger / Verwaltung**“) wurde angesichts der hohen Priorisierung der Optionsfamilie „Abwärme“ vorgeschlagen, gemeinsam ein nachhaltiges Wärmenetz zu entwickeln. Man sei darüber hinaus aber auch zu Investitionen bereit: Vorgeschlagen wird u.a. eine verbindliche Bereitstellung der mit dem Rechenzentrum erzeugten Abwärme in Form von Warmwasser. Da die geplante gesetzliche Verpflichtung zur Verwendung von Abwärme lediglich die Zuführung der Wärme in ein vorhandenes Nahwärmenetz vorsehe, gehe man mit der Bereitstellung der Wärme als Warmwasser einen Schritt weiter. Auch sei man bereit, eine Maximierung der versickerungsfähigen Flächen herzustellen (z.B. die Art der Pflasterung auf den befestigten Zufahrtswegen). Hierbei müsse jedoch in einem ersten Schritt aus fachlicher Sicht beurteilt werden, welche konkreten Maßnahmen hierfür von baulicher Seite aus denkbar sind. Ferner könne man seitens des Vorhabenträgers für eine gezielte Versickerung von Oberflächenwasser (mindestens im Maße der Dachflächen) sorgen. Die Gemeindeverwaltung Schönecks schlägt vor, alternative Ackerpachtflächen bereitzustellen, um mit dem Vorhaben verbundene Verluste zu kompensieren. Auf der anderen Seite gehört aus Sicht des Vorhabenträgers aber auch die künftig positive Begleitung der Ansiedlung des Rechenzentrums zu einer tragfähigen Lösung. Dies erlange auch vor dem Hintergrund der zu erreichenden Anschlussquote für das Nahwärmenetz Relevanz. Insofern solle auch die gemeinsame Motivierung möglicher Nutzung Teil einer einvernehmlichen Lösung sein.

Der Aspekt  Flächennutzung stellt sich in der anschließenden Diskussion über die verschiedenen Lösungsansätze weiterhin als zentraler Problempunkt dar. Es zeigt sich, dass die Bereitschaft, an dieser Stelle aufeinander zuzugehen, aus individuellen Gründen sehr begrenzt ist. Während eine Reduzierung des Flächenverbrauchs auf der einen Seite buchstäblich keine Option darstellt, fühlt man sich auf der einen Seite nicht ausreichend informiert und überzeugt, wieso die geplante Bauweise alternativlos sein soll. 

## 6. Wie soll es weitergehen?

Angesichts der Statik in der gemeinsamen Lösungsfindung bitten die Vertreter der in der Gemeindevertretung Schöneck vertretenen Fraktionen um  eine kurze Besprechungspause. Nach der Rückkehr wird erklärt, dass man kein Weiterkommen mehr sehe und sich (mit einer Gegenstimme) für eine Beendigung der Mediation entschieden habe. Die Hintergründe dieser Entscheidung wolle man in einer Stellungnahme verschriftlichen und dem vorliegenden Protokoll beifügen.<sup>4</sup>

Die Vertreter der Bürgerinitiative erklären, dass sie eine Fortführung der Mediationsgespräche wünschen und angesichts der bereits erreichten Fortschritte die Möglichkeit einer einver-

---

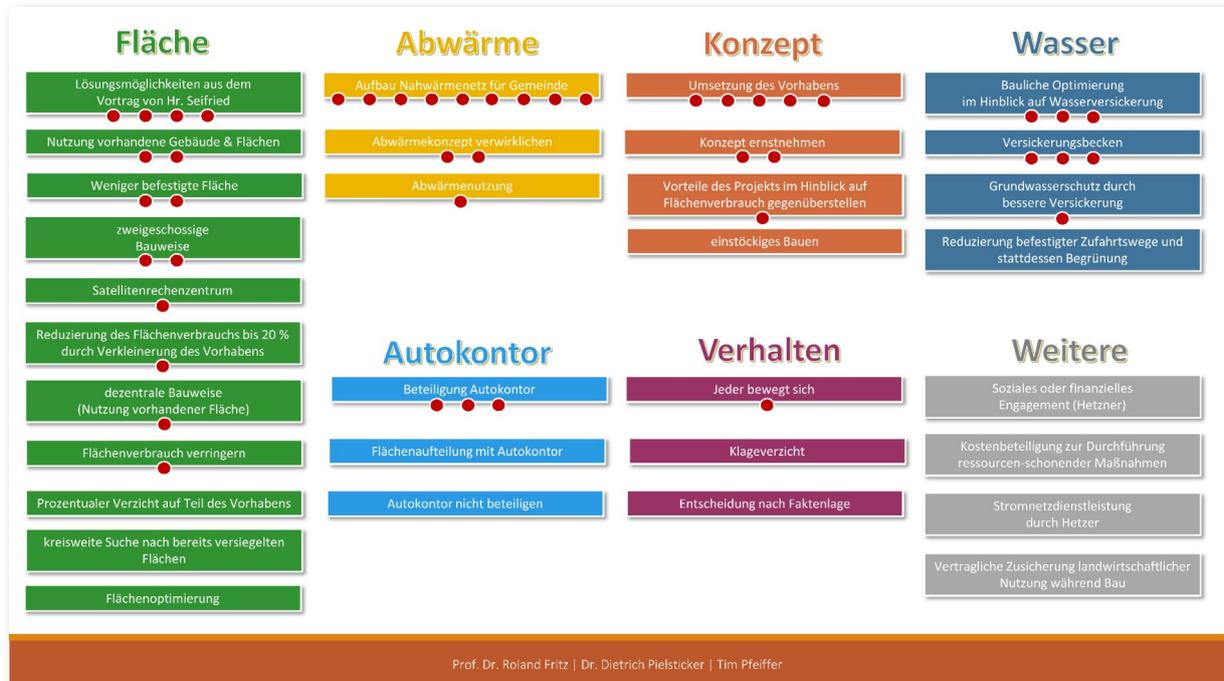
<sup>4</sup> Siehe Anhang.

nehmlichen Einigung als erreichbar ansehen, zumal der Vorhabenträger dargelegt habe, durchaus in der Lage zu sein, das Rechenzentrum auch zweistöckig zu errichten. Der Vertreter der Fa. Hetzner erläutert hierzu, eine zweigeschossige Bauweise sehe das unternehmerische, äußerst energiesparende und umweltfreundliche Kühlungs-Konzept nicht vor und wurde seitens des Vorhabenträgers auch nicht zur Debatte gestellt. Die Vertreter der Gemeindevertretung Schöneck erklären, an ihrer Position festhalten zu wollen, was von den Vertretern der Bürgerinitiative bedauert wird.

## **7. Verabschiedung**

Die Entscheidung über das Ende der Mediation respektierend bedanken sich Hr. Prof. Fritz, Hr. Dr. Pielsticker und Hr. Pfeiffer bei den Anwesenden für Ihre bisheriges Engagement und wünschen den Beteiligten für die Zukunft alles Gute.

### Übersicht über Optionen



### Gemeinsame Erklärung der Vertreter der Fraktionen von CDU, FDP, FWG, SPD und WAS

Wir, die Vertreter der Fraktionen CDU, FDP, FWG, SPD und WAS nehmen zu den Erkenntnissen aus dem Mediationsverfahren und insbesondere im Hinblick auf die seitens der Mediatoren erbetene Verständigung zu TOP 6 („Wie soll es weitergehen?“) der Tagesordnung zu der Sitzung am 13.07.2023 inklusive des Vorschlags der Durchführung einer Bürgerinformationsveranstaltung nach den Sommerferien, mit der anschließenden Aufnahme von hier eingebrachten Ergänzungen in eine abschließende Mediationssitzung, wie folgt Stellung:

Ausweislich des entsprechenden Beschlusses vom 06.10.2022 hat sich die Gemeindevertretung mit 30 Ja-Stimmen bei lediglich 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung zur Durchführung eines Mediationsverfahrens im Zusammenhang mit dem Vorhaben Rechenzentrum bekannt. Dies aus der Überzeugung heraus, dass ein solches Verfahren eine Chance darstellt,

eine einvernehmliche Lösung für die divergierenden Interessen der unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der Schönecker Bürgerschaft zu finden.

Bereits vor Beginn des Mediationsverfahrens war nach unserer Einschätzung erkennbar, dass unbeschadet weiterer Aspekte, der mit der geplanten Errichtung des Rechenzentrums einhergehende Flächenverbrauch, bzw. die hierzu bestehenden unterschiedlichen Positionen unter den Beteiligten, die größte Hürde auf dem Weg zu einer einvernehmlichen Einigung darstellen dürfte.

Diese Einschätzung hat sich spätestens in der Interessenphase des Mediationsverfahrens manifestiert. Sowohl in der innerhalb der Interessenphase durchgeführten Kleingruppenarbeit, insbesondere aber bei der Beantwortung der zu Beginn der Optionenphase seitens des Mediatorenteams aufgeworfenen und an alle Teilnehmer gerichteten Frage, was das Mediationsverfahren zum Scheitern bringen könnte (vgl. Seite 10 des Protokolls der Sitzung vom 13.06.2023), hat sich gezeigt, dass sich der Dissens um die Frage des Flächenverbrauchs wohl kaum überwinden lassen würde. Diese Einschätzung hat sich in der Sitzung am 13.07.2023 bestätigt.

Auch unter Berücksichtigung und Anerkennung der Tatsache, dass unter den Beteiligten im Rahmen des Verfahrens insofern ein Konsens erzielt werden konnte, dass die Möglichkeit der Abwärmenutzung durch den potentiellen Aufbau eines Nahwärmenetzes für die Gemeinde Schöneck ein wesentlicher Faktor für die Berücksichtigung wesentlicher Belange aller Beteiligter – und somit auch unserer eigenen Belange – darstellt, stellen wir fest, dass dieser Umstand – abgesehen von der noch nicht abschließend beantwortbaren Frage der tatsächlichen Umsetzbarkeit – die streitentscheidende Frage des Flächenverbrauchs nicht aufzulösen vermag.

Während (vgl. Seite 10 des Protokolls der Sitzung vom 13.06.2023) für die Vertreterinnen und Vertreter des Bündnisses die Mediation scheitert, sofern am beabsichtigten Bodenverbrauch festgehalten würde, scheitert es für diejenigen Teilnehmer, welche die Errichtung des Rechenzentrums grundsätzlich befürworten, wenn der Bodenverbrauch in einem Maße reduziert werden müsste, dass das Rechenzentrum nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden kann.

Eine Annäherung in der umstrittenen Frage des Flächenverbrauchs, das hat die Sitzung am 13.07.2023 gezeigt, war insofern ausgeschlossen, als die Vertreter des Bündnisses nach unserer übereinstimmenden Wahrnehmung keinen Zweifel daran gelassen haben, dass jeglicher weiterer Flächenverbrauch, unabhängig für welche Zwecke, im Grundsatz ihren Interessen zuwiderläuft.

Die von Seiten des Bündnisses am 13.07.2023 vorgeschlagenen Kompensationsmöglichkeiten für den vorliegend erforderlichen Flächenverbrauch für das Rechenzentrum sind aus unserer Sicht keine für eine Einigung in Betracht kommenden Varianten. Die Zusage keine Neuversiegelungen vornehmen zu wollen, kommt aus unserer Sicht allein schon wegen des Erfordernisses, auch künftig über die Entstehung von Baugebieten beraten zu müssen, nicht in Betracht. Gleiches gilt für den Verzicht auf die von allen Fraktionen grundsätzlich befürwortete gemeinsame Sportanlage mit Kunstrasenplätzen, die sich derzeit in der Prüfung befindet. Für eine Entsiegelung bislang versiegelter Flächen in der Gemeinde besteht kein Potential, das geeignet wäre, den vorliegend erforderlichen Flächenbedarf zu kompensieren.

Vor diesem Hintergrund kann eine Bürgerinformationsveranstaltung, insbesondere mit dem Ziel, dort vorgetragene Ergänzungen im Nachgang in eine abschließende Mediationssitzung aufzunehmen, nach unserem Dafürhalten nicht geeignet sein, um einer einvernehmlichen Lösung näher zu kommen.

Wir sind der Auffassung, dass es sinnvoll und richtig war, uns auf dieses Mediationsverfahren einzulassen, um die Chance wahrzunehmen, in der Sache zu einer einvernehmlichen Lösung zu gelangen. Wir müssen jedoch mit Bedauern erkennen, dass dieses Ziel nicht erreichbar ist. Zum Ende der Sitzung am 13.07.2023 haben wir daher erklärt, das Mediationsverfahren zu beenden.

Auch, wenn das Verfahren im Ergebnis nicht zu dem von allen Beteiligten angestrebten Ziel einer Einigung geführt hat, hat es nach unserer Überzeugung in der Sache dennoch eine positive Entwicklung ermöglicht und gefördert. So hat sich die Perspektive für die Errichtung eines Nahwärmenetzes durch Nutzung der Abwärme des Rechenzentrums konkretisiert. Die Vorhabenträgerin hat in diesem Zusammenhang gegenüber den Beteiligten ihre Bereitschaft zur verbindlichen Bereitstellung der Abwärme in Form von warmem Wasser zur weiteren Nutzung erklärt. Daneben hat sie sich bereit erklärt, Maßnahmen zur Maximierung versickerungsfähiger Flächen sowie zur gezielten Versickerung von Oberflächenwasser zu ergreifen. Sie ist damit nach eigener Auskunft zu zusätzlichen Investitionen in Millionenhöhe bereit. Wir begrüßen diese Maßnahmen ausdrücklich und werden sie in die weiteren Beratungen und Planungen einbeziehen.

Im Hinblick auf die angedachte Machbarkeitsstudie zur Frage der Möglichkeit der Nahwärmenutzung möchten wir zudem eine alternative Vorgehensweise mit dem Ziel einer Beschleunigung der Erkenntnisse prüfen lassen. Auch dies dürfte im Interesse aller am Verfahren Beteiligten liegen.

Wir bedanken uns ausdrücklich bei den Vertretern des Bündnisses für ihre Bereitschaft, den Weg einer Mediation mitzugehen und gehen davon aus, dass das Mediationsverfahren zu-

mindest dazu hat beitragen können, die Kommunikation unter allen Beteiligten und ein gewisses Verständnis für die Belange und Interessen der verschiedenen Seiten zu verbessern.

Wir bedanken uns zudem bei den Herren Prof. Dr. Fritz, Dr. Pielsticker und Pfeifer für ihre Bemühungen und die Erfahrungen, die wir in dem Mediationsverfahren machen konnten.

Für die Fraktionen

Carina Wacker, CDU-Fraktion

Anke Pfeil, FDP-Fraktion

Matthias Geisler, FWG-Fraktion

Walter Rauch, SPD-Fraktion

Björn-Magnus Becker, WAS-Fraktion

## **PPP – Vortrag Herr Hubert Hardt**

[Zum Dokument auf https://adribo.de/](https://adribo.de/)

## **PPP der Firma Hetzner Online GmbH**

[Zum Dokument auf https://adribo.de/](https://adribo.de/)

